28. Juni 2024 | Ausgabe 47

BRIEF AUS BERLIN

Newsletter

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB

CSU IM BUNDESTAG

www.hans-peter-friedrich.de

Liebe Leserinnen und Leser,

die aktuelle Wirtschaftslage ist weiterhin kritisch und fragil. Deutschland befindet sich in einer Rezession. Der Industriestandort leidet besonders unter den hohen Energiekosten, zu viel Bürokratie und dem schwachen weltwirtschaftlichen Umfeld, nicht zuletzt der Konjunkturschwäche Chinas.

In dieser Situation brauchen wir echte Wirtschaftsimpulse und haben mit zahlreichen Anträgen die Ampel aufgefordert, die Rahmenbedingungen insgesamt zu verbessern. Anstatt zu handeln, blockiert die Ampel und verliert unnötig Zeit mit internen Diskussionen über die Inhalte eines möglichen “Dynamisierungspakets”.

Zu den jetzt notwendigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen gehören insbesondere:

- eine Unternehmenssteuerreform mit der Senkung der Unternehmenssteuer auf 25 Prozent,
- günstigere Energie für Unternehmen und Verbraucher durch eine Ausweitung des Energieangebots und die Reduzierung der Stromsteuer,
- eine Deckelung der Sozialabgaben bei 40 Prozent,
- ein Belastungsmoratorium und
- Anreize für Mehrarbeit.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Deutschland muss Industrieland bleiben!

Ein Viertel der europäischen Industrie sitzt in Deutschland - unsere Unternehmen sind Wachstumsmotor für Deutschland und auch für Europa!

Die Ampel muss sich nach fast dreijähriger Stagnation dieser Verantwortung endlich stellen und eine Wirtschaftswende herbeiführen. Dies fordert auch die Industrie anlässlich der vom Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. veranstalteten Zukunftskonferenz „ZUSAMMENHALT in polarisierten Welten“. Wir brauchen weniger Kleinklein aus Brüssel und Berlin, dafür verlässliche Rahmenbedingungen.

Runter mit der Unternehmenssteuer, den Energiekosten und den Transferleistungen. Dafür mehr Tempo bei den Infrastruktur-Genehmigungen, eine Agenda für die Fleißigen und mehr Offenheit bei neuen Technologien!

Christoph René Holler (Hauptgeschäftsführer Bundesverband Keramische Industrie) , Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, Joachim Heym (Vorstand Bundesverband Keramische Industrie)

Im Gespräch mit Paul-Georg Garmer (TenneT)

Bund fördert hochfränkisches Energie-Projekt mit 450.000 Euro

Gute Nachrichten für den Landkreis Hof: Das Projekt „Energiezukunft Oberfranken-Ost“ wird vom Bundesbauministerium mit 450.000 Euro gefördert. Als eines von 13 Projekten deutschlandweit hat das Projekt im Rahmen der Förderung „RegioStrat - Strategische Regionalentwicklung“ überzeugt.

Mit Landrat Dr. Oliver Bär haben wir den Bescheid von der Ministerin entgegengenommen. Nun kann das Projekt, das die Energiewende über den Landkreis Hof hinaus, u.a. gemeinsam mit den Akteuren der Stadt Hof, dem Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge, aber auch aus Thüringen, Sachsen und Tschechien, in den Blick nimmt und alle Kräfte für die Erzeugung und Nutzung neuer Energien bündelt.

Dr. Hans-Peter Friedrich MdB mit dem Hofer Landrat Dr. Oliver Bär

Mit Bundesbauministerin Klara Geywitz und Sebastian Brehm MdB, der für die Metropolregion Nürnberg einen Förderbescheid entgegennahm.

Mobilfunk im ländlichen Raum stärken

Was den Mobilfunk angeht, kann in Deutschland noch immer nicht die Rede von gleichwertigen Lebensverhältnissen sein. Auch bei uns in Hochfranken gibt es immer noch einzelne Funklöcher.

Dabei sind wir heute mehr denn je auf vollständige Flächenabdeckung und vor allem schnelle Netze angewiesen. Gerade durch die Anwendungen der Künstlichen Intelligenz wachsen die Anforderungen. Wir brauchen künftig höhere Datenübertragungsraten und eine verlässliche Echtzeitkommunikation. Umso weniger nachvollziehbar ist, dass die Bundesregierung sich noch immer nicht einigen konnte beim Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz (TK-NABEG).

Die Beschleunigung des Ausbaus der digitalen Infrastrukturen wird durch die Blockade des Bundesministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (BMUV), dem Mobilfunkausbau den gleichen Vorrang wie dem Ausbau von Stromtrassen und Windenergieanlagen einzuräumen, ausgebremst. Seit Mai 2023 immer wieder von der Kabinettstagesordnung genommen.

Unter anderem fordern wir die Bundesregierung auf:

- den Ausbau von Glasfaser und 5G-Infrastruktur als im überragenden öffentlichen Interesse zu definieren.
- den Bürgerinnen und Bürgern im ländlichen Raum eine Perspektive für eine bessere Mobilfunkversorgung in weißen Flecken zu geben und dazu insbesondere die Mobilfunk-Förderung des Bundes über den 31.12.2024 hinaus zu verlängern.

So erreichen Sie mich:
Deutscher Bundestag
Dr. Hans-Peter Friedrich MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

+49 30 227-77493
hans-peter.friedrich@bundestag.de